

Die deutsche Mittelschicht  
und der deutsche Mittelstand  
als Garant  
für politische Stabilität

## Motor für Wachstum

Michael Borchard/Bodo Herzog

Die These, dass die gesellschaftliche Mitte für den Zusammenhalt eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens von zentraler Bedeutung ist, dürfte sowohl theoretisch als auch historisch und empirisch als bewiesen gelten. Davon legt auch der berühmte Satz des Aristoteles Zeugnis ab, es sei „die auf die Mitte aufgebaute Gemeinschaft die beste“, so der Philosoph, „und solche Staaten haben eine gute Verfassung, in denen die Mitte stark und den Extremen überlegen ist“. Beinahe ebenso alt und leider ebenfalls erwiesen ist die Feststellung, dass die Mitte von Gesellschaften gerade in Umbruch- und Übergangszeiten stets besonderen Herausforderungen ausgesetzt ist – wirtschaftlich wie politisch. Karl Marx jedenfalls hat die Mittelschicht, den Mittelstand, wie er es damals gesagt hat, verachtet: Die mittleren Klassen lägen als Last auf den Arbeitern, so urteilte er. In seiner Philosophie durfte es nur den Dualismus der beiden „großen feindlichen Lager, der Bourgeoisie und des Proletariats“ geben, andernfalls wäre seine Theorie einer Abfolge von Klassenkämpfen nicht „aufgegangen“. Marx hat sich bekanntlich geirrt. Die Facharbeiter in Deutschland versanken nicht im „Proletariat“, sondern sie stiegen auf.

Auch wenn zu bezweifeln ist, ob die überpointierte These Helmut Schelskys von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ im Nachkriegsdeutschland so jemals wirklich Realität war, hat die Wirtschaftswunderrepublik zweifelsohne in den Nachkriegsjahren soziale Verwer-

fungeren der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts abgemildert und einer breiten bürgerlichen Mitte zu einem durchaus beachtlichen Wohlstand verholfen. Wiederaufbau und Technisierung ließen in den 1950er- und 1960er-Jahren die Mittelschichten schnell wachsen und überdurchschnittlich wohlhabend werden. Viele tüchtige und aufstrebende Facharbeiter drangen oft selbst dann nach oben, wenn sie nicht über die notwendige Ausbildung verfügten. Sie wurden schlicht gebraucht. Diese Attraktivität der Mittelschichten und eine genügend große Anzahl verfügbarer beruflicher Positionen führte zu dem, was Stefan Hradil einen „Aufstiegsog“ genannt hat.

Der Soziologe Karl Martin Bolte beschrieb die Sozialstruktur in Deutschland in der Mitte der 1960er-Jahre wie eine Zwiebel – in der Mitte dick, aber oben und unten schmal. Bis zum Jahr 2000 blieb diese „Zwiebel“ mehr oder weniger stabil. Jetzt nehmen Befürchtungen zu, die „Zwiebel“ verliere Schicht um Schicht. Der Hannoveraner Sozialstrukturforscher Michael Vester spricht gar – ebenso bildhaft wie Bolte – von der „Sanduhr“, der die Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik nunmehr zusehends gleiche. Sie drücke die „Knappheit, Unsicherheit und Belastung“ aus, der sich die Mittelschichten ausgesetzt sehen. Mit dem Titel „Die Angst kriecht die Bürotürme herauf“ zeichnete *Die Zeit* ein apokalyptisches Bild von den Sorgen der gesellschaftlichen Mitte. In diesen Monaten

scheint es, als ob die Diskussion über die „Unterschichten“, die im Begriff des „Prekariats“ in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gipfelte, nunmehr zu einer Debatte über die Auszehrung der Mittelschichten wird.

Wie dramatisch stellt sich die Situation nun tatsächlich dar? Hat die Mitte wahrhaftig an Breite und Kraft verloren? Und wenn die These von der geschrumpften Mittelschicht stimmt, stellt sich die Frage, inwiefern daraus bereits Folgen für das Selbstverständnis unserer Gesellschaft entstanden sind?

Was zunächst die Frage angeht, ob die Mittelschichten in einer manifesten Krise stecken: Hier gehen die wissenschaftlichen Meinungen auseinander. Der Soziologe Stefan Hradil sieht in den Sorgen der Mittelschicht vor allem einen „subjektiven Tatbestand“. In Wahrheit wachse der Anteil derer, die sich in der Einkommensmitte befänden. Ganz ähnlich sieht es Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin: Einen Abstieg in Massen gebe es nicht. Seine Kollegen Grabka und Frick hingegen kommen in einem aktuelleren Gutachten zu einem anderen Befund. Die Mittelschicht in Deutschland schrumpfe, und es gäbe Anzeichen für eine dauerhafte Polarisierung der verfügbaren Einkommen. Der Anteil der Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen an der Gesamtbevölkerung sei von zweiundsechzig Prozent im Jahr 2000 auf vierundfünfzig Prozent im Jahr 2006 zurückgegangen: „Entsprechend gestiegen ist der Bevölkerungsanteil an den Rändern der Einkommensverteilung, wobei in der Mittelschicht die Abwärtsmobilität stärker ausgeprägt war als der Aufstieg in höhere Einkommensklassen. [...] Parallel zur Entwicklung der objektiven Einkommenslage zeigt sich eine deutliche Veränderung der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung: Über alle Einkommenschichten hinweg ist festzustellen, dass die Sorgen um die

eigene wirtschaftliche Entwicklung zugenommen haben.“

## Arbeitsmarkt im Wandel

Noch alarmierender ist, wie sehr sich die Art und Weise, wie Menschen in Deutschland beschäftigt sind, verändert hat. Waren im Jahr 2000 noch vierundsechzig Prozent der Menschen vollzeitbeschäftigt, so sank ihr Anteil bis 2006 auf fünfundfünfzig Prozent. Minijobber, Teilzeitkräfte, Zeitarbeitskräfte, also Beschäftigungsverhältnisse, die nicht mehr den gleichen Grad an Sicherheit aufweisen, sind häufiger geworden. Auch der Jobeinstieg ist in der „Generation Praktikum“, in der vielfach am Beginn einer beruflichen Karriere zunächst ein schlecht oder nicht bezahltes Praktikum steht, nicht einfacher geworden.

Auch wenn das Arbeitsplatzangebot in der gesellschaftlichen Mitte – trotz erster Rezessionen – in den 1970er- und 1980er-Jahren weiter anwuchs, erste Grundlegungen für die derzeitigen Befunde lassen sich schon in diesen Jahren beobachten. Zunächst stimmt, was der Wirtschaftswissenschaftler Martin Werding sagt, dass der Boom der Nachkriegsjahrzehnte „eine historische Ausnahme war“. Mit der Globalisierung seien wir nun zur Normalität zurückgekehrt. Er schreibt weiter: „Das hohe Wachstum der frühen Jahre war nicht zuletzt eine Folge dessen, dass die Bundesrepublik im Kreis der Industrieländer ein ‚Niedriglohnland‘ war, als sie nach 1945 in das internationale Wirtschaftsgeschehen eintrat. Genau diesen Wettbewerbsvorteil spielte sie erfolgreich aus und gelangte erst Anfang der 1970er-Jahre zu relativem Wohlstand.“ Dass sich diese Wohlstandsvermehrung nicht ad infinitum fortsetzen kann, entspricht auch den Erfahrungen anderer Industrienationen. Insofern sei Deutschland in der Wirklichkeit angekommen.

Seit Mitte der 1960er-Jahre stiegen die technologischen und ökonomischen An-

sprüche an die Arbeitenden immer weiter. Dies führte dazu, dass höhere Qualifikationen notwendig wurden. Schon damals zeigte sich, dass insbesondere Kinder der Unterschichten erhebliche Probleme hatten, die höheren Bildungsabschlüsse zu erreichen. Noch stärker aber wirkte sich aus, dass die gesellschaftliche Mitte durch Prozesse des Wertewandels, durch neue Familienformen, durch Zuwanderung, durch die Auffächerung von Lebensstilen und durch Individualisierungsprozesse ihren kulturellen Vorbildcharakter allmählich verlor.

Besonders gravierend aber wirkten sich die 1990er-Jahre und der Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts auf den Aufstiegswillen der Menschen aus: Die Arbeitsintensität wird größer, Arbeitszeiten werden länger und die Mobilitätsanforderungen stärker. Diese geradezu familienunfreundlichen Bedingungen führen dazu, dass Männer und Frauen, die auf Familie und Kinder nicht verzichten wollen, ihr berufliches Engagement reduzieren oder nicht im gleichen Maße wettbewerbsfähig sein können – zumal die Kinderbetreuungsmöglichkeiten noch immer vergleichsweise unzureichend sind. Insgesamt geht das Schrumpfen der Mittelschicht mit einem Rückgang der klassischen Familienhaushalte einher.

Wenngleich die Bruttoeinkommen – auch bei den „Dienstleistungsschichten“ – noch immer zugenommen haben, die durchschnittlichen Nettoeinkommen wachsen nicht mehr. Die Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben haben gerade in der gesellschaftlichen Mitte zugenommen: Hinzugekommen sind Belastungen, die für die Mitte besonders gravierend sind – von der Streichung der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale bis hin zu den Studiengebühren der Kinder.

Die Sozialpolitik kann vor dem Hintergrund der immer größer werdenden Finanzierungsprobleme der Sozialver-

sicherungssysteme zunehmend nur noch das Existenzminimum sichern. Auch wenn sich der Absturz auf Sozialhilfeniveau in den Mittelschichten nur vergleichsweise selten vollzieht – die Mitte hat im Falle längerer Arbeitslosigkeit hier wesentlich mehr zu verlieren als die Unterschicht – auch das fördert Sorgen und Unsicherheit in dieser gesellschaftlichen Gruppe besonders intensiv.

## Mangelnde Leistungsgerechtigkeit

Gravierend wirkt sich auch aus, dass der Schlüssel „Bildung“ zum sozialen Aufstieg nicht mehr so recht ins „Schloss“ zu passen scheint. Auch wenn die PISA- und OECD-Befunde methodisch mit einiger Skepsis zu betrachten sind, der Befund, dass die Ungleichheit der Bildungschancen im internationalen Vergleich in Deutschland überdurchschnittlich groß ist, lässt sich nicht einfach wegdiskutieren. Eine Ursache zurückgehender Aufstiegsprozesse liegt auch in einer „Bildungsbarriere“, die Kinder unterer Schichten und aus Migrantenfamilien besonders deutlich verspüren.

Sozialer Aufstieg wird damit nicht nur subjektiv schwieriger, sondern das Aufstiegsziel „Mitte“ verblasst auch in seiner Attraktivität. Das Institut für Demoskopie in Allensbach konstatiert für Deutschland so etwas wie einen „Statusfatalismus“. Immerhin vierzig Prozent der gesamten berufstätigen Bevölkerung seien überzeugt, dass die sozialen Schichten zementiert seien und deswegen der soziale Status nicht durch Leistung beeinflussbar sei.

Eine zunehmende soziale Differenzierung, eine tatsächliche oder vermeintliche Spreizung von Einkommen sind nicht alleine das Problem, sie könnten vielmehr den „Aufstiegsog“ und den „Wettbewerb“ befördern. Ob eine Gesellschaft mit erheblichen sozialen Unterschieden leben kann, ist bei Weitem nicht nur von der sozialen Absicherung der Unter-

schichten abhängig, sondern auch von der Frage, ob die eigene Position als unabänderlich empfunden wird, oder ob das Gefühl besteht, durch Leistung die eigene Ausgangssituation erheblich verbessern zu können. Für alle modernen Gesellschaften sind individuelle Leistungen und die gleiche Chance, diese Leistungsfähigkeit zu erringen, vorrangige Kriterien für den Aufstieg in gesellschaftliche Positionen. Wenn es hingegen im Empfinden der Menschen an Leistungs- und Chancengerechtigkeit mangelt, dann beschädigt dies, so Stefan Hradil, „die Motivation und die Produktivität der Menschen, erzeugt Konflikte und gefährdet schließlich den Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Ganzen“.

Auch wenn man sich dieser pessimistischen Einschätzung nicht anschließen mag. Der Zustand der Mitte – gleich ob damit die gesellschaftliche oder wirtschaftliche Mitte gemeint sei – ist auch für den Fortbestand unseres Gemeinwesens von entscheidender Bedeutung. Deshalb ist die Frage nach den Lösungsansätzen alles andere als irrelevant.

### Verhängnisvoller Kreislauf

An der Spitze der Lösungsansätze steht die entschiedene Warnung zu glauben, mit einem „Mehr“ an Umverteilung ließen sich die Mittelschichten stabilisieren und Gerechtigkeit herstellen. Eine solche Politik würde nur vordergründig ein größeres Sicherheitsgefühl vermitteln. Die Entwicklungen der letzten Jahre weisen darauf hin, dass sozialstaatliche Verteilung immer weniger dazu in der Lage ist, Disparitäten zu vermeiden. Dafür ist nicht alleine die gestiegene Standortkonkurrenz im globalen Maßstab, sondern sind auch die demografischen Veränderungen verantwortlich. Ein „Plus“ an gesellschaftlicher Integration wird bei einer solchen Umverteilung dann mit erheblichen wirtschaftlichen „Kollateralschäden“ erkaufte: mit einer Zunahme von Ar-

beitslosigkeit und einer Abwanderung der qualifizierten Leistungsträger. Hier beginnt dann auch ein verhängnisvoller Kreislauf: Eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Aufstieg sind immer auch der wirtschaftliche Erfolg und das konjunkturelle Wachstum, weil erst dann eine ausreichende Menge an „Zielpositionen“ verfügbar ist. Fehlen diese, lassen die Aufstiegsanstrengungen signifikant nach.

Demoskopen weisen darauf hin, dass zudem die Hoffnung, man könne sich gesellschaftlichen Zusammenhalt und nationale Identifikation durch „soziale Gleichheit“ und den paternalistischen Staat erkaufen, trügerisch sein kann. Renate Köcher, die Leiterin des Allensbacher Institutes für Demoskopie, hat in ihren Umfragen eine klare Regel bestätigt gefunden: „Je größer das Vertrauen ist, die eigene Situation durch Leistung und Initiative verbessern zu können, desto ausgeprägter ist die Präferenz der Bürger für Freiheit und für einen ausgeglichenen Staat.“ Nicht nur Wohlstandsverheißungen durch Sozialpolitik, sondern auch solche, die sich durch Aufstieg und Wettbewerbserfolg realisieren, können in einem bestimmten Rahmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Chancen, in einem solchen Wettbewerb bestehen zu können, als transparent und fair empfunden werden. Dies verweist auf die nach wie vor bedeutende Rolle von Bildung und Bildungsanstrengungen. Und dabei sind diejenigen besonders zu fordern und zu fördern, die im Vergleich mit anderen modernen Ländern überdurchschnittlich selten in die Mittelschichten aufsteigen: insbesondere Menschen aus unteren Schichten und Menschen mit Migrationshintergrund.

### „Eltern unter Druck“

In diesem Zusammenhang muss freilich auch gefragt werden, warum Frauen

weniger oft zu den „Aufsteigern“ in die Mittelschicht zählen. Paul Nolte hat zu Recht gesagt: „Die Mittelschicht ist nie denkbar gewesen ohne Familie, und der Mittelschichtenstatus wird häufig gerade dort prekär, wo Familien auseinanderbrechen.“ Gerade deshalb müssen wir die Familien und ihre ganz spezifischen Bedürfnisse im Auge behalten, wenn wir die Mittelschichten in einem kraftvollen Zustand halten wollen. Einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Sinus-Institutes zufolge stehen Eltern unter vielfachem Druck – unter anderem auch, weil sie zunehmend den Eindruck haben, sie müssen tatsächliche oder empfundene Defizite des Bildungssystems mit ihrem eigenen Engagement massiv ausgleichen und alle Begabungen des Kindes so optimal fördern, dass es im Berufsleben wettbewerbsfähig ist – von der Hausaufgabenhilfe bis zum zusätzlichen Musik- und Sprachunterricht. Dies und die Tatsache, dass Familien im Berufsleben vor erhebliche Anforderungen gestellt sind, führen dazu, dass sich gerade dieser Anteil der Mittelschichten unter Druck gesetzt sieht. Eine gezielte Familienpolitik ist deshalb ebenso ein zentraler Lösungsansatz. Es gilt Familien im Sinne der Chancengerechtigkeit zu entlasten, und das bezieht sich nicht alleine auf finanzielle Transfers und steuerliche Erleichterungen. Sie brauchen stärkere öffentliche Wertschätzung und Anerkennung. Und sie brauchen Rahmenbedingungen, die ihnen Druck abnehmen: Zentral sind dabei eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in diesem Zusammenhang eine bessere Betreuungssituation – nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ, da sich Eltern sonst genötigt sehen, Defizite selbst noch deutlicher auszugleichen. Benötigt werden verbesserte öffentliche Bildungssysteme. Ebenso wichtig ist ein Netzwerk an Beratungsangeboten, die dann gerne angenommen werden,

wenn der Zugang zu ihnen niederschwellig ist.

Die Wirtschaft kann mit Umdenkprozessen zur Entlastung der Eltern und Familien besonders beitragen und muss bei diesem „gesamtgesellschaftlichen Engagement“ nicht einmal den schieren Eigennutz außer Acht lassen: In einer Zeit des Fachkräftemangels kann das gerne genutzte Schlagwort des „Human Resource Management“ eine ganz andere und langfristige Bedeutung bekommen. Nicht nur, dass solche Mitarbeiter ihre volle Leistungsfähigkeit deutlicher unter Beweis stellen, die ein Familienleben erfahren können, das durch berufliche Belange nicht überstrapaziert ist: Eltern mehr Zeit, Luft und Geld für die Erziehung der Kinder zu belassen kann auch eine Investition in die Zukunft sein, in qualifizierte und in sozialkompetente Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den kommenden Jahrzehnten.

## Fundament der Volkswirtschaft

Mittelschicht und wirtschaftlicher Mittelstand stehen in einem engen Verhältnis zueinander, deshalb ist bei der Suche nach den Lösungsansätzen die Frage nach der Situation des Mittelstandes, die im Folgenden eingehender behandelt werden soll, von entscheidender Bedeutung. Ohne eine kaufkräftige, bildungs- und leistungswillige Mittelschicht ist gerade der Mittelstand unter Druck, und ohne einen gesunden Mittelstand fehlt insbesondere den Mittelschichten der wesentliche Garant für Beschäftigung, Wohlstand und Aufstieg. Zu Recht wird der deutsche Mittelstand als das Rückgrat der nationalen Volkswirtschaft bezeichnet. Denn er steht nach wie vor für die meisten Arbeitsplätze, wirtschaftliche Dynamik, Flexibilität und Erfindergeist. Ohne den Mittelstand wären das derzeitige Wirtschaftswachstum und der hohe Beschäftigungsstand in Deutschland nicht von Dauer und wohl auch nicht denkbar. Der



Mittelstand kann nicht nur mit ein-drucksvollen ökonomischen Kennziffern aufwarten, sondern gilt aufgrund der personifizierten Familienkultur und der hohen wirtschaftlichen Verlässlichkeit auch als ein zentraler Pfeiler für wirtschaftliche Stabilität.

Der Mittelstand in der Bundesrepublik Deutschland umfasst rund 99,7 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, in denen mehr als zwei Drittel aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gut vierzig Prozent aller Umsätze erwirtschaften und 68,5 Prozent aller Auszubildenden angelehrt werden. Weitere ökonomische Kennzahlen bestätigen die immense wirtschaftliche Bedeutung des Mittelstands für Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung. So repräsentieren rund 4,5 Millionen Unternehmer des Mittelstands fast die Hälfte aller Bruttoinvestitionen und der Bruttowertschöpfung. Annähernd achtzig Prozent aller Arbeitnehmer sind in KMU beschäftigt. Mehr als acht von zehn Lehrlingen werden dort ausgebildet. Der Mittelstand ist das tragende Fundament der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Sein Beitrag zur beruflichen Ausbildung der heranwachsenden Generation ist herausragend und erfährt weiteren deutlichen Zuwachs.

### **Selbstständiges Unternehmertum**

Merkmal des deutschen Mittelstands ist darüber hinaus die Prägung der Unternehmensführung durch die Eigentümer, die mit ihrem Vermögen für ihre Tätigkeit haften und sich voll mit ihrem Unternehmen identifizieren. Für den selbstständigen Unternehmer gibt es kein Netz und keinen doppelten Boden. Er muss sich tagtäglich am Markt bewähren. Lebenselixier für ein solches selbstständiges Unternehmertum ist dabei die notwendige wirtschaftliche Freiheit, die durch die Soziale Marktwirtschaft bestmöglich umgesetzt ist. Seit Längerem versucht die

Politik der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges durch eine konsequente Mittelstandspolitik Rechnung zu tragen.

Die Rahmenbedingungen für die Unternehmensfinanzierung im Mittelstand haben sich im Gefolge der wirtschaftlichen Dynamik seit dem Jahr 2006 sukzessive verbessert. Die deutlichen Fortschritte insbesondere bei der wieder steigenden Eigenkapitalquote dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem kleine Unternehmen eine vergleichsweise knappe Eigenkapitaldecke aufweisen und dass viele angesichts unzureichender Sicherheiten nach wie vor Probleme bei der Fremdkapitalfinanzierung haben. Positiv zu vermerken ist, dass vor dem Hintergrund insgesamt verbesserter finanzieller Rahmenbedingungen der Stellenwert der Erweiterungsinvestitionen gerade auch in mittelständischen Unternehmen gegenüber Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zwischen den Jahren 2005 und 2007 deutlich gestiegen ist. Zu dieser Verbesserung dürfte auch die von der Großen Koalition beschlossene Unternehmenssteuerreform zum 1. Januar 2008 beitragen. Der Weg zur Dualeneinkommensbesteuerung stellt eine wichtige Standortverbesserung vor allem für den Mittelstand in den kommenden Jahren dar.

Allerdings besteht auch weiterhin Handlungsbedarf für die kleinen und mittleren Unternehmen. So leiden insbesondere die kleinen Mittelständler unter den nationalen, aber auch europäischen Bürokratievorschriften, die durch zahlreiche Verwaltungsrichtlinien, Verordnungen und Gesetze entstehen. Obgleich in jüngster Zeit auf europäischer Ebene und auch in Deutschland die Bürokratiebelastung abgebaut wird, bleibt die Wirkung bislang eher vernachlässigenswert, da beispielsweise in der laufenden Legislaturperiode per Saldo mehr neue Vorschriften auf der nationalen Ebene hinzugekommen sind als durch den deut-

schen Normenkontrollrat abgebaut wurden. Im statistischen Durchschnitt muss jeder kleine Betrieb mehr als dreihundertfünfzig Stunden für Bürokratiepflichten aufwenden, was wiederum rund fünf- undvierzig Arbeitstagen eines Beschäftigten entspricht. Anders als große Konzerne verfügen aber mittelständische Unternehmen über keine Fach- und Stabsabteilungen, die sich durch den Wust an bürokratischen Vorschriften wühlen können. Hier gibt es verstärkten Handlungsbedarf auf nationaler und supranationaler Ebene.

### Mittelstand als Herzstück

Der Mittelstand ist und bleibt das Herzstück der deutschen Volkswirtschaft. Gleichzeitig stellt er auch einen zentralen Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft, das heißt der Verbindung von Marktwirtschaft mit einem sozialen Ausgleich, dar. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern bedeutet zugleich, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands insgesamt zu sichern und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Chancen zur Teilhabe an den wirtschaftlichen Erträgen zu eröffnen. Denn der deutsche Mittelstand ist Inbegriff von Fleiß, Leistungsbereitschaft, Innovation und sozialer Verantwortung für die Mitarbeiter und die Gesellschaft. Insofern ist eine zielgerichtete Mittelstandspolitik zugleich eine zielgerichtete Politik zur Stärkung der Mittelschichten. Sie kann dazu beitragen, dass Mittelschichten ihre stabilisierende, ihre demokratiefördernde Wirkung entfalten können.

Arnulf Baring hat vor einigen Jahren die Mittelschichten in seinem Artikel „Bürger auf die Barrikaden“ mit übertriebenem Pathos dazu aufgerufen, dass sie sich „revolutionär“ bessere Bedingungen einfordern sollten. Unabhängig von der eher rhetorischen Frage, ob ein solches Agieren gesellschaftlich hilfreich wäre: Die Mittelschichten in Deutschland sind

zu heterogen, um über ein solches Mobilisierungspotenzial zu verfügen. Wohl aber muss sich bürgergesellschaftliches Engagement, Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen aus diesen Schichten maßgeblich rekrutieren. Empirische und soziologische Untersuchungen zeigen die beinahe banale Erkenntnis auf, dass Aufstiegschancen, dass empfundene ökonomische Sicherheit sich entscheidend auf die gesellschaftliche Partizipationsbereitschaft auswirken, während Unsicherheiten eher den Rückzug ins Private und den Hang zu Extremen stärken.

Wilhelm Röpke, einer der Väter der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, formulierte 1944 im Schweizer Exil mit geradezu visionärer Kraft, dass „die Existenz einer breiten Mittelschicht eine der obersten Voraussetzungen für das Funktionieren einer gesunden Demokratie ist, und der Grund, warum eine wirkliche Demokratie in Ländern nicht recht gedeihen will, wo es an einer verantwortungsvollen Mittelklasse fehlt, die mit ihrem geistig-moralischen und materiellen Eigengewicht den Staat ausbalanciert“. Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution in Deutschland und sechzig Jahre nach der Gründung des freiheitlichsten Staates, den es auf deutschem Boden jemals gegeben hat, fordert allein schon die antitotalitäre Kraft „gesunder“ Mittelschichten dazu heraus, im Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft alles daranzusetzen, die konstitutive Energie und die wirtschaftlich und politisch stabilisierende Wirkung dieser Gesellschaftsgruppe zu erhalten. Immer wieder „unaufgeregt“, aber zielgerichtet nach den Bedingungen für Erfolge der Mittelschichten und des Mittelstandes zu fragen und eine Debatte über die Leistungsträger „aus“ und „in“ der Mitte zu führen, ist in diesem Sinne ein unverzichtbarer Beitrag zur Zukunftssicherung.